



Positionen

Die Volksinitiative Tschüss Kohle

POSITIONEN ist der Newsletter des Kirchenkreises Hamburg-Ost, der immer dann erscheint, wenn es kontrovers wird und kirchliches Engagement bzw. kirchliche Themen in der Kirche und in der Öffentlichkeit diskutiert werden.

Anlass für die aktuelle Ausgabe ist die Volksinitiative „Tschüss Kohle“, die u. a. auch der Kirchenkreis Hamburg-Ost unterstützt.

INHALT

Hintergründe zur Initiative	2	Stimmen aus dem Kirchenkreis	5
5 Fragen an Ulrike Eder und Sylvia Hansen	3	Impressum	7
Informieren, mitmachen, unterstützen	4		

„Tschüss Kohle“

... unter diesem Motto steht die Volksinitiative, die am 21. Februar im Hamburger Rathaus an den Start gegangen ist. Der Kirchenkreisrat Hamburg-Ost hat das UmweltHaus am Schüberg beauftragt, als Unterstützer der Volksinitiative mitzuwirken. Mit der Initiative, an der u. a. auch das Zentrum für Mission und Ökumene der Nordkirche federführend beteiligt ist, sind alle Hamburger*innen aufgerufen, per Unterschrift den Kohleausstieg zu unterstützen. Die Initiative will erreichen, dass in Hamburg ab 2025 keine Wärme und ab 2030 auch kein Strom mehr aus Kohle produziert wird.

Darum geht's

Die drei Kohlekraftwerke Tiefstack, Wedel und Moorburg produzieren derzeit 85 Prozent des Stroms und 60 Prozent der Fernwärme in Hamburg und stoßen zusammen jährlich je nach Jahreslaufzeit ca. 9 bis 11 Millionen Tonnen CO₂ aus. Moorburg speist bisher hauptsächlich Strom ein und liefert nur in sehr geringem Umfang Wärme an ein einzelnes Unternehmen. Der Moorburg-Betreiber Vattenfall plant, möglichst schnell zusätzlich produzierte Wärme ins Hamburger Fernwärmenetz einzuspeisen. Sollte sich das realisieren, würden die CO₂-Emissionen von Moorburg nochmals stark ansteigen und Moorburg würde dazu auch noch die Stromnetze gegen Erneuerbare Energien verstopfen.

Ziel der Volksinitiative ist es, das zu verhindern und den ohnehin vorgesehenen Kohleausstieg Hamburgs zu unterstützen. Dafür hat die Initiative einen Gesetzesentwurf formuliert, der entsprechende Änderungen am bestehenden Hamburgischen Klimaschutz- und Wegegesetz vorsieht. Die Änderungen im Gesetzesentwurf bestehen im Wesentlichen darin, dass der Kohleausstieg erstmals überhaupt explizit in das Klimaschutz- und Wegegesetz aufgenommen wird und darin Maßnahmen für die konkrete Umsetzung und den zeitlichen Horizont formuliert werden.

Denn: Sollte Moorburg bis 2035 Kohle verbrennen und Wärmeauskopplung ins Hamburger Netz speisen dürfen, würde eine rechtzeitige Abschaltung der Anlagen und ein fristgerechter Kohleausstieg (wie von Klimawissenschaftlern bis spätestens 2030 gefordert) stark verzögert oder gar verhindert.

Was bisher geschah

2013 hat die Volksinitiative „Unser Hamburg – Unser Netz“ bei einem erfolgreichen Volksentscheid bewirkt, dass die Freie und Hansestadt Hamburg FHH alle Energienetze, die sich im Besitz von EON-Hanse und Vattenfall befanden, zurückkauft. Dieser Schritt war und ist entscheidend für eine zukünftige klimafreundliche Energieversorgung der Hamburgerinnen und Hamburger, so die Initiative.

Zu diesen Energienetzen gehört auch das Fernwärmenetz mit einigen dazugehörigen Kraftwerken, beides im Besitz von Vattenfall und mit einem 25,1-Prozent-Anteil der FHH. Nach dem erfolgreichen Volksentscheid verabredeten Vattenfall und die FHH einen Rückkauf zu einem Mindestpreis, der abschließend Ende 2018 fixiert werden soll. Das war für den Start der Volksinitiative jetzt ausschlaggebend. Genau dieser Vorvertrag erschwert nun aber den konkreten Vollzug des Rückkaufs.



Wer steht dahinter

Die Volksinitiative Tschüss Kohle wird von über 44 Organisationen getragen bzw. unterstützt. Dazu gehören neben verschiedenen Umwelt- und Klimaschutzverbänden auch der Zukunftsrat Hamburg, das Zentrum für Mission und Ökumene in der Nordkirche und der alternative Wohlfahrtsverband Soal. Die Volksinitiative ist parteienunabhängig und finanziert sich über Spenden von Privatpersonen und Unterstützerbeiträge der beteiligten Organisationen.

Das UmweltHaus am Schüberg des Kirchenkreises Hamburg-Ost gehört ebenfalls zu den Unterstützern. Darüber werden Informationen an die Gemeinden, Kitas und Einrichtungen des Kirchenkreises weitergeleitet, es gibt verschiedene Bildungsangebote und weitere operative Unterstützung von „Tschüss Kohle“. Finanzielle Unterstützung der Initiative gibt es nicht.



HAMBURGER VOLKSINITIATIVE

Fünf Fragen an: Ulrike Eder und Sylvia Hansen

Die Volksinitiative „Tschüss Kohle“ wird von einem breiten Bündnis getragen. Warum beteiligen Sie sich als kirchliche Vertreterinnen?

Eder: Wir haben im Zentrum für Mission und Ökumene schon seit 13 Jahren die Infostelle Klimagerechtigkeit, weil der Kampf gegen den Klimawandel für uns eine Frage weltweiter Gerechtigkeit ist. Außerdem engagiert sich auch die Nordkirche selbst für den Klimaschutz, allen voran mit dem Klimaschutzgesetz von 2015, das besagt, dass alle Gemeinden und Einrichtungen in der Nordkirche bis 2050 CO₂-neutral sein sollen. Für uns ist das Engagement in der Volksinitiative eine logische Konsequenz unserer jahrelangen Arbeit. Im Einsatz für die Schwächsten der Gesellschaft müssen sich kirchliche Einrichtungen politisch äußern. Klimagerechtigkeit hat eine wichtige weltweite Komponente. Man darf den Klimawandel als Fluchtursache in keiner Weise unterschätzen. Wir in den Industrieländern haben daran einen ganz wesentlichen Anteil und deshalb tragen wir auch eine besondere Verantwortung.

Hansen: Wir als Kirche müssen uns bei Umweltfragen auch politisch äußern und einen Standpunkt wie den Kohleausstieg vertreten und unterstützen. Die Bewahrung der Schöpfung ist ein ureigenes kirchliches Anliegen. Somit ist es unsere Aufgabe und Verantwortung den Kirchenmitgliedern gegenüber, die von uns erwarten und fordern, dass wir uns aktiv für den Klimaschutz einsetzen.

Sie haben ja bewusst das plebiszitäre Mittel der Volksinitiative gewählt, das dann in zweiter Stufe zum Volksbegehren und in dritter zum Volksentscheid führen kann. Warum haben Sie sich dafür entschieden und nicht z. B. eine Petition gestartet?

Hansen: Wir müssen jetzt handeln. Wir können nicht auf eine Petition warten, auch nicht darauf, dass eine theoretische



Foto: Thomas Klafny

Sylvia Hansen

UmweltHaus am Schüberg,
Klimaschutzbeauftragte des Kirchenkreises
Hamburg-Ost

s.hansen@kirche-hamburg-ost.de

Lösung bis ins Letzte ausgearbeitet wird. Jetzt muss etwas passieren.

Eder: Genau, eine Petition wäre ein zu zahnloses Instrument. Angesichts der Dringlichkeit der Situation müssen wir Fakten schaffen. Auf der Weltklimakonferenz 2015 hat sich ja auch Deutschland schon dazu verpflichtet, die globale Erwärmung weit unter 2 Grad zu senken. Diese Verpflichtung gilt auch für uns hier in Hamburg und Kohleausstieg ist die schnellste und beste Einzelmöglichkeit, um Klimaschutz voranzutreiben. Wir wissen, dass es beim Klimaschutz nicht 5 vor 12, sondern eigentlich schon 5 nach 12 ist. In Deutschland spüren wir das noch nicht. Im Rahmen unserer Arbeit erzählen unsere Partnerinnen und Partner aus dem globalen Süden immer sehr anschaulich davon, wie der Klimawandel ihre Lebensbedingungen bedroht. Damit endlich etwas passiert, müssen wir das Mittel wählen, mit dem wir den größten politischen Druck ausüben können.

Wie reagieren Senat und Bürgerschaft bisher auf Ihre Initiative?

Eder: Wir hatten schon Gespräche mit der SPD- und der Grünen-Fraktion sowie mit dem Umweltsenator Jens Kerstan. Wir werden also durchaus als politischer Player wahrgenommen. CDU und FDP

Ulrike Eder

Infostelle Klimagerechtigkeit, Zentrum für
Mission und Ökumene der Nordkirche,
Vertrauensperson der Volksinitiative

u.eder@nordkirche-weltweit.de

haben uns bislang nicht eingeladen, da sind die Fronten relativ geklärt, aber wir wären auf jeden Fall auch hier bereit für Gespräche, denn ein Volksinitiative sollte für alle Hamburgerinnen und Hamburger sprechen, und auch CDU- und FDP-Wählerinnen und -Wähler sollten ein Interesse am Kohleausstieg haben. Neu ist, dass Vattenfall jetzt die Fernwärmeleitung beantragt hat. Deshalb werden wir weitere Gespräche führen. Hier zeigt sich, wie stark unsere Initiative auf „Unser Hamburg Unser Netz“ von 2013 aufbaut.

Hansen: Ohne die Initiative „Unser Hamburg – Unser Netz“, die sehr erfolgreich per Volksentscheid den Rückkauf der Energienetze erreicht hat, könnten wir den Kohleausstieg heute gar nicht fordern. Deshalb möchte ich mich gerne noch einmal ausdrücklich bei dem Bündnis von damals bedanken. Aktuell haben wir die Strategie, möglichst viele Unterschriften zu sammeln, um zu zeigen, dass die Initiative von den Hamburgerinnen und Hamburgern getragen wird. Gerade weil zurzeit die Verhandlungen über den Rückkauf des Fernwärmenetzes anstehen, ist eine breite Unterstützung für den Senat sehr hilfreich.

Eder: Wir wollen ein großes politisches Signal setzen. Wir haben jetzt schon



Das Kraftwerk Moorburg

die geforderten 10.000 Unterschriften, wollen aber noch mehr sammeln, um die Rückkaufpläne des Senats strategisch zu unterstützen. Dazu würden wir uns sehr die Unterstützung der Kirchengemeinden und Kitas beim Sammeln wünschen.

Haben Sie schon Reaktionen aus Kirchengemeinden bekommen?

Hansen: Nachdem wir alle Kirchengemeinden angeschrieben und gebeten haben, die Unterschriftenlisten auszulegen, haben wir im UmweltHaus als erstes von der Kirchengemeinde St. Pauli viele unterschriebene Listen zurückbekommen. Hier ist die Resonanz gut und freut mich persönlich sehr. Auch der Kirchenkreisrat unterstützt unsere Initiative per Beschluss. Gerne hätten wir auch eine synodale

Debatte über die Beteiligung geführt, wir mussten uns jedoch an Termine halten und so fehlte dafür leider die Zeit.

Eder: Dazu gibt es Pastorinnen und Pastoren, die die Initiative unterstützen, in der Christuskirche Eimsbüttel gab es zum Beispiel schon eine Veranstaltung dazu. Wir überblicken noch nicht, wie viele Gemeinden mitmachen und die Listen auslegen. Jedes Feedback ist uns willkommen. Wir bieten Textbausteine für Gemeindebriefe an und vieles mehr. Das alles kann natürlich sehr gerne genutzt werden. Es wäre toll, wenn uns noch mehr Kirchengemeinden als bisher unterstützen.

Hansen: Um das Bewusstsein zu schärfen und Fragen zu beantworten kommen wir

auch gerne zu Infoveranstaltungen in Gemeinden und Einrichtungen. Je nach Bedarf kann das für eine einzelne Frage-Stunde oder auch öffentliche Diskussionsrunden sein. Das bieten wir an.

Eder: Wir merken immer wieder, wie wichtig das Gespräch ist. Grundsätzlich wollen alle den Kohleausstieg, aber die konkreten Infos fehlen. Die vermitteln wir in Gesprächen beim Sammeln von Unterschriften.

Was wünschen Sie sich?

Eder: Wir wollen eine Hamburger Energie-wende, die sich an den Interessen der Bürgerinnen und Bürger, der Zukunftssicherheit und dem Klimaschutz orientiert und die vor allem sozial verträglich ist. Gerade der letzte Punkt ist mir besonders wichtig: Die Wende muss sowohl ökologisch als auch sozial verträglich gestaltet werden. Das eine geht nicht ohne das andere.

Hansen: Die Papier- und Gesetzeslage ist bei uns in der Kirche wegweisend. Jetzt ist es wichtig, diesen Weg auch zu gehen. Damit meine ich, dass wir alle handeln und selbst was tun müssen. Denn der Kohleausstieg ist ein sehr wichtiger, wenn auch nicht der einzige Schritt, das Ziel der CO₂-Neutralität zu erreichen. Ich wünsche mir, dass Kirchenkreis, Einrichtungen und Kirchengemeinden Hand in Hand aktiv werden, um beim Klimaschutz immer besser zu werden.

Informieren, Mitmachen, Unterstützen

www.klimagerechtigkeit.de
www.tschuess-kohle.de
www.tschuess-kohle.de/unterschreiben

Facebook:
www.facebook.com/TschuessKohle

Twitter:
[@TschuessKohle](https://twitter.com/TschuessKohle)

Veranstaltungen u. a. mit der bekannten Energieökonomin **Claudia Kempf** am **Freitag, 1. Juni 2018** · 18–20 Uhr · GLS-Bank (Düsternstraße 10, Nähe S-Bahn Stadthausbrücke)

Gartengespräch: Was Sie schon immer über die Volksinitiative wissen wollten ... am **Montag, 11. Juni** · 17 Uhr · Landhaus Walter (Stadtpark)
 Anmeldung bis zum 6. Juni bitte an Thomas Schönberger
schoenberger@haus-am-schueberg.de

Sie wollen eine Infoveranstaltung in Ihrer Gemeinde oder brauchen Unterschriftenlisten zum Sammeln?
 Kontaktieren Sie Sylvia Hansen, Umweltbeauftragte des Kirchenkreises:
s.hansen@kirche-hamburg-ost.de

Stimmen aus dem Kirchenkreis

Wir haben gefragt: Wie finden Sie es, dass der Kirchenkreis als Unterstützer an der Volksinitiative mitwirkt?



Anja Blös

Pastorin, Regionalpfarrstelle
Wilhelmsburg

Kirche ist für mich nicht eine weitere Umweltgruppe oder gar eine Partei. Sie fragt um Gottes Willen – wie wollen wir leben. 8,5 Millionen Tonnen CO₂ spuckt das Kohlekraftwerk Moorburg im Jahr aus. Ja, mir gefällt, dass der Kirchenkreis die Volksinitiative unterstützt. Warum eigentlich nur eine? Man könnte konsequenter schon in Planungsvorhaben die Stimme erheben. Immerhin will Hamburg eine neue Autobahn durch die Stadt bauen und Naturschutzflächen überplanen. Kirchenmitgliedern muss kirchliches Engagement dabei plausibel gemacht werden. Warum Christen der weltweite Umgang mit der Schöpfung schmerzt. Warum Christen den Finger in die Wunde legen und das eigene Handeln überprüfen. Nicht nur im Himmel, auch auf Erden kann Hamburg himmlisch sein. Eine Hoffnung, die motiviert, sich einzumischen.



Matthias Habel

Leiter des Friedhofs Rahlstedt,
Mitglied im KKR

Es ist ein ganz wichtiges Signal, dass der Kirchenkreisrat dem UmweltHaus am Schüberg den Auftrag gegeben hat, als Unterstützer der Volksinitiative mitzuwirken. Ich habe den Beschluss mitgetragen, um unsere Kirche deutlich zu positionieren. Wir müssen in unserer Metropolregion deutlich machen, dass die Bewahrung der Schöpfung für uns kein Lippenbekenntnis ist. Vielmehr ist es eine unserer christlichen Kernaufgaben, dass wir uns für den Umweltschutz einsetzen, wo immer es geht. Ich hätte mir gewünscht, wir hätten die Zeit gehabt, diesen Auftrag zusätzlich auf eine breite Unterstützung der Kirchenkreissynode stützen zu können. Ich wünsche der Volksinitiative viel Erfolg und unserem Kirchenkreis, dass er sich auch in Zukunft mutig für seine Positionen stark macht.



Susanne Drews

Kirchliches Verwaltungszentrum,
Kirchenaufsicht

Gerechtigkeit, Bewahrung der Schöpfung, Klimafasten – das sind nur ein paar Themen, mit denen sich der Kirchenkreis bereits seit Langem dem Klimaschutz widmet. Demnach ist das Mitwirken bei der Initiative „Tschüss Kohle“ nun ein weiterer logischer Schritt. Der menschengemachte Klimawandel ist eine der größten Herausforderungen unserer Zivilisation. Es muss ein starkes Signal gesetzt werden, um sensibel zu machen für den Klimaschutz und gegen die Klimakatastrophe. Dabei darf jedoch kein Schreckensbild gezeichnet werden. Darum ist es wichtig, nicht nur schwarz-weiß zu sehen, sondern auch die farblichen Nuancen zu betrachten. Dafür braucht es viel Fingerspitzengefühl, denn der Wechsel von fossiler Energie zu regenerativen Energieträgern ist notwendig, aber er muss auch sozial verträglich sein.



Dr. Martin Rößler

Theologischer Referent

Eine einheitliche und gemeinsame Überzeugung wird in der Tradition der evangelischen Kirchen nur in ganz wenigen Fragen verlangt: in den Grundfragen des Glaubens, mit denen die Kirche steht oder fällt. Fragen der Lebensform und der Weltgestaltung gehören nicht dazu; in diesen Fragen gibt es in der evangelischen Kirche verschiedene Positionen. Und das ist auch gut so. Wer sollte hier für eine Vereinheitlichung der Meinungen zuständig sein?

Auch wenn ich den Kohleausstieg für ein zentrales politisches Ziel halte, finde ich den wichtigen innerkirchlichen Pluralismus angemessen abgebildet, wenn es auch Kirchengemeinden gibt, die sich nicht an der Volksinitiative beteiligen wollen, etwa weil sie dem Mittel der Volksinitiative kritisch gegenüberstehen oder weil sie die Aufgabe der Kirche eher darin sehen, solche Diskurse zu moderieren als sich innerhalb dieser Diskurse zu positionieren.



Isa Lübbers

Pröpstin

Wenn gesamtgesellschaftlich eine Umsteuerung hin zu mehr Klimagerechtigkeit gelingen soll, ist der Kohleausstieg alternativlos. Auch die EKD-Synode Ende 2017 hat sich für den Kohleausstieg ausgesprochen: „Die Weltklimakonferenz fordert auch die weltweite Christenheit auf, konsequent für Klimagerechtigkeit einzutreten und dabei die Bedürfnisse der Ärmsten und Verletzlichen in den Mittelpunkt unseres gemeinsamen Handels zu stellen.“

Der Ausstieg aus der Kohleverbrennung hilft, die Schöpfung zu bewahren und damit die Lebensgrundlagen von Milliarden von Menschen – heute und in Zukunft.

Der Auftrag des UmweltHauses am Schüberg, sich für mehr Klimagerechtigkeit einzusetzen und durch Bildungs- und Beratungsangebote das Thema in und außerhalb der Kirche zu profilieren, ist Teil des Gesamtengagements des Kirchenkreises, das Ziel des Klimaschutzgesetzes der Nordkirche zu erreichen. Mit der Volksinitiative sehen wir die Möglichkeit, den konsequenten Kohleausstieg konkret in Hamburg voranzutreiben und gesetzlich verankern zu lassen. Deshalb hat der Kirchenkreisrat das UmweltHaus am Schüberg beauftragt, die Volksinitiative zu unterstützen.



Michael Fiebig

Leiter der Kita St. Petri in Geesthacht

Ich erlebe die heutige Zeit als sozial und politisch im Umbruch. Verlässliche Strukturen, Normen und Werte brechen auf und werden neu bewertet. Daher begrüße ich es sehr, dass sich der Kirchenkreis mit der Unterstützung der Volksinitiative „Tschüss Kohle“ dazu entschlossen hat, eine klare Position zu vertreten. Kirche muss sich, gerade in dieser Zeit einmischen und sich für Minderheiten einsetzen. Beim Kohleausstieg geht es darum, die Zukunft zu gestalten und auch an die nächsten Generationen zu denken, mutig zu sein, Neues zu wagen, ökologischer und nachhaltiger zu denken. In meiner Kita begreifen die Kinder schon sehr früh: Gottes Schöpfung ist einzigartig und sollte bewahrt werden. Wir setzen im Projekt „Kita ökoplus“ auf Nachhaltigkeit in vielen Bereichen, auch bei der Energie. Im Sinne unserer Kinder sage ich daher: „Tschüss Kohle“.



Jürgen Brunk

Synodaler, KGR-Mitglied in
Meiendorf-Oldenfelde

Die Unterstützung der Volksinitiative ist wichtig, denn sie ist nötig, um die Diskussion zum Klimaschutz weiter zu führen. Es steht außer Frage, dass eine Energiewirtschaft ohne CO₂-Emission das Ziel sein muss, um den Klimawandel nicht in einer Katastrophe enden zu lassen. Die notwendigen Techniken zum CO₂-Ausstieg liegen vor, aber sie werden nicht ausreichend umgesetzt. Die Nordkirche hat gehandelt und das Ziel formuliert: „Bis 2050 CO₂-frei“. Als Kirchenkreis mit über 400.000 Gemeindegliedern sind wir eine vielfältige Gemeinschaft. Dazu gehören Menschen, die aus einem christlichen Verständnis die Botschaft zur Bewahrung der Schöpfung sehr ernst nehmen. Außerdem haben wir extra Mitarbeitende dafür, den Klimaschutz zu fördern. Konkret heißt das, wir

Fortsetzung: rechts

Weitere Positionen

Sind Kirchengemeinden der richtige Ort, um Unterschriftenaktionen zu unterstützen?

Nicht alle Gemeinden stimmen zu, so u. a. in Wellingsbüttel, und legen deshalb keine Listen aus.

Fortsetzung: Jürgen Brunk

müssen die Politik in Hamburg auffordern, darüber zu reden und zu entscheiden. Dafür ist die Volksinitiative ein mögliches Instrument.

Unsere Gemeinde ist mit drei Kirchen und fünf Pastorinnen und Pastoren sehr groß und hat immer viele Themen auf den Sitzungen. Da blieb nicht viel Zeit für den letzten Tagesordnungspunkt „Auslage der Unterschriftenliste für Tschüss Kohle“. Nach kurzer, aber kontroverser Diskussion entschied sich die knappe Mehrheit dagegen. Viele enthielten sich. Nach meinem Eindruck sehen viele die kirchliche Gemeindearbeit u. a. als diakonische Arbeit vor Ort an. Dass eine Tafel, die Teilnahme am Winternotprogramm oder eine Photovoltaikanlage auch politische Arbeit sind, wird kaum wahrgenommen. In die Politik will man sich lieber nicht einmischen. Die Dinge erscheinen zu komplex. Und bei denen, die die Arbeit politisch verstehen, gibt es unterschiedliche Ansichten.



Rüdiger Streibel

Synodaler, KGR-Mitglied in der
Christuskirche Wandsbek

Fatal und enttäuschend! Nach der verheerenden Reaktion der Öffentlichkeit auf die Beteiligung des Kirchenkreises an der Volksgesetzgebung zum Rückkauf der Energienetze im Jahr 2013, als deren Fortsetzung sich die jetzige Initiative darstellt, hätte ich mehr Zurückhaltung bei einer erneuten direkten Beteiligung an einer Volksgesetzgebung erwartet. Alles vergessen nach dem Motto: „Die Hunde bellen, aber die Karawane zieht weiter“? Hinzu kommt, dass der Kirchenkreisrat den Weg „nach Gutsherrenrat“ erneut ohne jede vorherige Beteiligung der Kirchenkreissynode beschreitet, obwohl die Verfassung vorgibt, dass der Kirchenkreis zusammen mit der Synode „in gemeinsamer Verantwortung geleitet“ wird. Ein klares „Ja“ zu mehr Klimagerechtigkeit, aber ein deutliches „Nein“ zur Kirche als Ersatzgesetzgeber!

Was ist Ihre Position?

Haben Sie Fragen oder Rückmeldungen zum Thema oder zum Newsletter?

Schreiben Sie uns (Kerstin Klingel und Beate Timann) an
intern@kirche-hamburg-ost.de

Impressum

Herausgeber: Ev.-Luth. Kirchenkreis Hamburg-Ost
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit · Danziger Straße 15–17 · 20099 Hamburg
Telefon (040) 51 90 00-136 und -142 · intern@kirche-hamburg-ost.de
Redaktion: Kerstin Klingel, Silke Stahn, Beate Timann
Grafik: Veronika Grigkar (grigkar.de) · Fotos: privat, Kirchenkreis Hamburg-Ost